



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-83
Fernschreiber 0 886 880

P/WVI/102 - 6. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Gemeinsame Ostpolitik ?

105

Um die Bestimmung der Ausgangspunkte
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

4

Geschlossen hinter Willy Brandt

51

Zum Landesparteitag der SED in Berlin

5

Hesser ersetzt Gewerbesteuerausfall

46

Von Willi Zinkann, Vorsitzender der SED-Fraktion im
Hessischen Landtag

6

Pionier der Völkerverständigung

47

Zum 70. Geburtstag Julius Braunthals

Gemeinsame Ostpolitik ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Dieser Tage wurde der Bericht der parlamentarischen Arbeitsgruppe fertiggestellt, der sich unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jaksch mit dem Problem der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten beschäftigt hatte. Dem Vernehmen nach handelt es sich um ein umfangreiches Dokument mit bestimmten Anträgen, welche noch der Genehmigung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten bedürften, ehe sie dem Bundestag unterbreitet werden können. Die Spannweite der Themenstellung wurde durch zwei länger zurückliegende Anträge der Fraktionen der FDP und der SPD bestimmt. Während im ersteren Fall das Problem diplomatischer Beziehungen zu Polen in den Vordergrund gerückt wurde, verlangte der Antrag der SPD-Fraktion die Akklärung des Verhältnisses gegenüber allen osteuropäischen Ländern mit dem Ziel einer dauernden konstruktiven Zusammenarbeit. Es ging also um die Bestimmung des Ausgangspunktes einer aktiven deutschen Osteuropapolitik.

Warschauer Wunschdenken

Die Neigung zu einer isolierten Erörterung des deutsch-polnischen Verhältnisses ist in den letzten Monaten merklich zurückgegangen. Daran haben die Masslosigkeiten des Herrn Gomulka ein gerütteltes Masse von Schuld. Vorher hat der Bundeskanzler durch seine Einschaltung in die sogenannte Beitz-Mission zu erkennen gegeben, dass er nur eines ostpolitischen Erfolges willen jederzeit bereit wäre, die sogenannte Hallstein-Doktrin über Bord zu werfen. Sowohl über die Vertrauensbeweise einer volkdemokratischen Regierung gegenüber der Firma Krupp etwas verwundert, verfolgte auch die SPD diese Sondierung mit sympathischem Interesse. Auch der Bund der Vertriebenen liess erkennen, dass er einer Besserung des Verhältnisses zwischen Bonn und Warschau durchaus nicht im Wege stehen wolle, sofern dabei die völkerrechtliche Position hinsichtlich der deutschen Ostgebiete gewahrt wird. Herr Gomulka hat diese Bereitschaft von deutscher Seite offener mit einer aussenpolitischen Zwangslage der Bundesrepublik verwechselt und glaubte nur noch mit massiven Forderungen nach Anerkennung der Oder-Neisse-Linie nachstossen zu müssen. Sein Versuch, den Präsidenten Kennedy auf dieses Wunschdenken festzulagen, hat schliesslich die

6. Mai 1961

ganze Untauglichkeit der heutigen Warschauer Strategie in dieser Frage darzutun.

Die Haltung der deutschen Jugend

Durch diese Entwicklung wurde auch bei den Bonner Erörterungen das zweite Konzept der deutschen Ostpolitik unterstützt, welches mit langfristigen Vorstellungen die gesamte Problematik Osteuropas zu überprüfen bereit ist und zwar mit dem Blick auf die primäre Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen. Die Vertreter dieser Richtung würden sich mit einer schrittweisen Normalisierung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Ländern zufrieden geben, weil sie ihre Hoffnungen auf eine positive Wendung der sowjetischen Deutschlandpolitik richten. Mögliche osteuropäische Partner, welche die Sowjets noch in die falsche Richtung der unmöglichen Zweistaatentheorie drängen wollen, verlieren in Bonn naturgemäss an Interesse. Eingegen sind die freundschaftlichen Beziehungen gerade des geistigen und freiheitlichen Deutschland zu den aufstrebenden Nationen Osteuropas noch in lebendiger Erinnerung. Nicht alle Bindungen zwischen der deutschen Demokratie, ihren freien Gewerkschaften und sozialen Aufbauorganisationen und den korrespondierenden Kräften in Osteuropa sind durch den Einbruch der totalitären Gewalten zerrissen worden. Gerade in der deutschen Jugend wächst eine grosse Bereitschaft heran, die europäische Zusammenarbeit nicht nur in Westen zu praktizieren, sondern auch auf die Völker Osteuropas auszudehnen. Sie begründet ihre Hoffnung auf eine gemeinsam gestaltete Zukunft der europäischen Völker auf die Erwartung, dass sich die Jugend der osteuropäischen Völker auf die Dauer nicht mit den künstlichen Schranken eines politisch gespaltenen Erdteiles abfinden wird. Eine auf lange Sicht angelegte Versöhnungspolitik der deutschen Demokratie in dieser Richtung kann also von guten Voraussetzungen ausgehen.

Anknüpfungspunkte

Zunächst geht es aber um die Bewältigung der Gegenwart. Tatsache ist, dass die deutsch-russischen Beziehungen zumindest die Voraussetzungen einer positiven Entwicklung in sich tragen. Die osteuropäischen Staaten werden sich daher selbst ab, solange sie nicht im selben Ausmass von der Existenz der Bundesrepublik Kenntnis nehmen, wie die Sowjetunion. Jede Politik einer Versöhnung und der Zusammenarbeit mit

dem freien Teil Deutschlands würde daher auch von den natürlichen Ausgleichsbedürfnis dieser Völker getragen sein. Die deutsche Aussenpolitik wird daher nicht ins Leere stossen, wenn sie ihre Bereitschaft zur Formalisierung der Beziehungen unterstreicht.

Der Klarstellung der Voraussetzungen dieser Formalisierung wird wohl auch der noch dem Bundestag vorzuliegende parlamentarische Expertenbericht dienen. Es wäre gut, wenn in dieser Angelegenheit von Anfang an bis zum Ende mit offenen Karten gespielt würde. Von deutscher Seite ist eine Absage an alle Nebenabsichten fällig, auch an die unreaale Auffassung, dass man mit Hilfe diplomatischer Missionen in einzelnen osteuropäischen Hauptstädten den Ostblock auskühlen könnte. Nichts anderes als ein allgemeiner Beitrag zur internationalen Entspannung könnte von Bonn aus ins Auge gefasst werden. Teilerfolge in dieser Richtung würden allerdings die gleiche Einstellung bei den osteuropäischen Regierungen voraussetzen. Der Bundesrepublik kann natürlich nicht zugemutet werden, dass sie sich mit der Zweistaatentheorie besser befreunde, wenn diese von polnischer oder tschechischer Seite serviert wird. Auch ein Verzicht auf friedensvertragliche Regelung offener völkerrechtlicher Fragen ist von uns nicht zu erwarten. Hingegen bieten die humanitären Probleme der noch in den Ostblockländern lebenden deutschen Bevölkerung, ferner die Möglichkeiten eines normalen kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Austausches gute Anknüpfungspunkte.

Übertölpeln darf sich die deutsche Demokratie in diesen lebenswichtigen Fragen nicht lassen. Man sollte auch in den osteuropäischen Staatskanzleien die Hoffnung aufgeben, dass um diese ganze Problematik immer wieder ein westdeutscher Parteienstreit entstehen wird. Im Interesse einer künftigen gedeihlichen Zusammenarbeit aller europäischen Völker ist vielmehr zu hoffen, dass sich die politischen Parteien der Bundesrepublik und die grossen Organisationen der Vertriebenen auf ein gemeinsames Konzept einer aktiven und konstruktiven Osteuropapolitik einigen. Wenn der parlamentarische Expertenbericht in dieser Richtung einen Weg zeigen sollte, würde er sicherlich im In- und Ausland eine gute Aufnahme finden.

Geschlossen hinter Willy Brandt

Zum Landesparteitag der Berliner SPD

sp - Wenige Meter vom Hotel "Esplanade" entfernt beginnt der Ostsektor. Hier, hart an der Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit lagte am Wochenende der Landesparteitag der Berliner SPD, von Freunden und Gegnern stark beobachtet.

Die Auguren haben von "Spannungen" zu berichten gewusst, die "offen zum Durchbruch kommen" würden. Überschlau haben "Linke" und "Rechte" erfunden, haben diesen oder jenen Sozialdemokraten gegeneinander auszuspielen versucht. In diesem Beginnen haben sich Kommunisten, CDU-Gazetten und angeblich der SPD wohlgesinnte Kreise kaum wesentlich voneinander unterschieden. Es galt, die SPD in der deutschen Hauptstadt - und nicht nur dort! - zu schwächen. Dazu schien jedes Mittel recht.

Seitdem die Sozialdemokratie den entscheidenden Kampf für die deutsche Demokratie führt, wird sie berannt. Dem einen erscheint sie als "Kapitalistenknecht", für den anderen ist sie ein "gefährliches Experiment". Je nach Bedarf und - wie man heute so sagt - nach dem "Standort".

Die Berliner Sozialdemokraten haben sich nicht beirren lassen. Es gab auf diesem Parteitag - wie sollte und konnte es anders sein in einer demokratischen Partei - einige Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung dieser oder jener Entscheidung. Aber als es um das Wesentliche ging, als in g e h e i m e r Wahl gewogen wurde, kam kraftvoll und unerschütterlich jene in der Geschichte der deutschen Parteien wohl einmalige Geschlossenheit des Willens zum Ausdruck. Bei der Nominierung der Berliner Kandidaten für den Bundestag erhielt Willy Brandt als Spitzenkandidat von 278 abgegebenen gültigen Stimmen 249 Stimmen. 18 Delegierte haben "Enthaltung" geübt und 11 mit "Fein" gestimmt.

Die in dieser Weise erfolgte Wahl Willy Brandts zum Spitzenkandidaten für den Deutschen Bundestag ist ein Beweis für das Vertrauen und die Zuversicht, die Berlins Sozialdemokraten ihrem "Regierenden" entgegenbringen, gleichzeitig aber auch eine Absage an alle Versuche, den Kanzlerkandidaten der SPD "abzuwerten".

Es hat zu Beginn des Parteitages eine Diskussion über die Frage gegeben, ob die übrigen Kandidaten - entsprechend einem Antrag des Landesvorstandes - nur mit absoluter Mehrheit als gewählt zu gelten haben. Mar-ther Beobachter auf der Pressetribüne wollte in dieser Diskussion den "Beweis" für die Zerrissenheit im Berliner Landesverband der SPD erblicken.

Zunächst sprach sich die überwältigende Mehrheit der Delegierten für den Antrag des Landesvorstandes aus. Als dann das mit äußerster Spannung erwartete und ebenfalls in g e h e i m e r Wahl ermittelte Ergebnis bekanntgegeben wurde, zeigte sich die grundsätzliche und durch nichts zu erschütternde Urteilsfähigkeit der Frauen und Männer, die zusammengekommen waren, um eine Entscheidung von höchster politischer Bedeutung zu treffen. Mit Stimmzahlen von 263 bis 148 wurden 12 Kandidaten gewählt, unter ihnen der frühere Landesvorsitzende Franz Kemmer.

Damit hat der Berliner Landesverband der SPD, haben die Delegierten des diesjährigen Parteitages alle jene Lügen gestraft, die in Unkenntnis der inneren Substanz dieser Partei oder aus Böswilligkeit versucht hatten, natürlich und in j e d e r menschlichen Gemeinschaft bestehende Reibungen ins Unermessliche zu steigern, um daraus Nutzen für die Gegner der Sozialdemokratie ziehen zu können.

Das Ergebnis der Wahl der Berliner SPD-Kandidaten zum Deutschen Bundestag ist eine grossartige Demonstration politischer Klugheit. Die verbindende Kraft des Zusammengehörigkeitsgefühls hat einmal mehr gezeigt, dass sich die in dieser Partei vereinigten Frauen und Männer ihrer Verantwortung für das Ganze bewusst sind.

Hessen ersetzt Gewerbesteuerausfall

Von Willi Zinnkann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hess. Landtag

Als die Absicht der Bundesregierung, den Gewerbesteuerfreibetrag zu erhöhen, bekannt wurde, fand sie durchweg Zustimmung für ihre Pläne. Ganz allgemein wurde schon seit langem bemängelt, dass die Bundesregierung den gewerblichen Mittelstand nicht genügend unterstützt. Da aber diese Massnahme angekündigt wurde, ohne dass gleichzeitig Hilfen und Ersatzleistungen für die Gemeinden geplant waren, musste sich auch viel Kritik zeigen: Hat doch der Bund es seit Jahren verabsäumt, die längst überfällige Reform der Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verwirklichen. Wenn jetzt eine im Übrigen noch völlig unzureichende Hilfsmassnahme für die Mittelschichten vorbereitet wird, dann dürfte der Bundesgesetzgeber dies jedoch nicht auf Kosten der ohnehin ständig benachteiligten Gemeinden vornehmen.

Bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag besteht keine Aussicht darauf, dass den Gemeinden eine echte Ersatzleistung geboten wird. Deshalb mussten die hessische Regierungspartei und die hessische Landesregierung nach Wegen suchen, um stellvertretend für den sich seiner Pflicht entziehenden Bundesgesetzgeber helfend einzugreifen.

Aus diesen Überlegungen heraus stellte die SPD-Fraktion des Hessischen Landtags den Antrag, dass die Landesregierung eine Änderung des Finanzausgleichs vorbereiten sollte. Die Vorstellungen der hessischen Sozialdemokratie gehen nur dahin, den Anteilssatz der Gemeinden an dem dem Lande verbleibenden Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer - der bisher 18,5 Prozent betrug - so zu erhöhen, dass ein Ausgleich des Gewerbesteuerverlustes herbeigeführt wird. Man kann davon ausgehen, dass für die hessischen Gemeinden dieser Verlust etwa 42,5 Millionen DM betragen wird, wenn die Erhöhung der Gewerbesteuerfreibeträge von 2 400 DM auf 7 200 DM bis zu einem Gewerbeertrag von 50 000 DM vorgenommen wird. Dabei dürften gerade die mittleren Gemeinden am härtesten von diesem Gewerbesteuerausfall betroffen werden.

Es wird mithin in das Finanzausgleichsgesetz 1962 eine neue Bestimmung aufzunehmen sein, die einen ausreichenden Anteil von dem den Gemeinden zufließenden Prozentsatz des Einkommen- und Körperschaftsteuer-Aufkommens zur pauschalen Abgeltung der Gewerbesteuerausfälle verwendet. Darüber hinaus wird die gesamte sogenannte Schlüsselmasse zu erhöhen sein. Mit anderen Worten: Die Gemeinden erhalten in jedem Fall einen höheren Anteil an dem dem Lande zustehenden Steueraufkommen, wobei dafür Sorge getragen wird, dass das Auffangen der Gewerbesteuerverluste in diese Verteilung eingebaut wird. Berechnungen haben ergeben, dass etwa 131,1 Millionen DM an die Gemeinden, 31,8 Millionen DM an die kreisfreien Städte und 93,6 Millionen DM an die Landkreise fließen werden, was in jedem Falle eine äusserst beträchtliche Erhöhung, nämlich jeweils um 51,1 Millionen, 7,7 Millionen und 22,6 Millionen DM der sogenannten Schlüsselmasse darstellt.

Hinter diesen nüchternen Zahlen steht eine äusserordentliche Stärkung der Finanzkraft der hessischen Gemeinden, die der Gemeindebürger durch den Ausbau und die Verbesserung der Einrichtungen in seinem Wohnort deutlich verspüren wird.

Pionier der Völkerverständigung

sp- In diesen Tagen feiert Julius Braunthal, langjähriger Sekretär der Sozialistischen Internationale, seinen 70. Geburtstag. Ihm verdankt die demokratisch-sozialistische Bewegung in der ganzen Welt zu einem grossen Teil die Erfolge, die sie im letzten Jahrzehnt erzielen konnte. Die Schreckensjahre des Hitler-Regimes hatten nicht nur ganze Nationen und Völker aus ihren festen Beziehungen herausgerissen, sie haben auch die enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf das Ärgste gestört. Jedoch konnte all dieser Ballast an Wirrnissen, Ressentiments und Trübungen des internationalen Zusammenlebens nicht den Mann erschüttern, der stets unter dem Wahlspruch eines weltoffenen, allen Völkern zugewandten, dem Geiste des Humanismus und der Gerechtigkeit verpflichteten Menschen seine Arbeit getan und seine Pflicht erfüllt hat.

Besonders die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiss sich mit dem Menschen und Sozialisten Julius Braunthal in enger Freundschaft und politischer Zusammenarbeit verbunden. In den schweren Jahren des demokratischen Aufbaus im freien Teile Deutschlands hat er ausserhalb der Grenzen unseres Landes wider den Ungeist eines allgemeinen Deutschen Hasses gekämpft. Selbst während des zweiten Weltkrieges, wo er sich als österreichischer Emigrant in London aufhielt, vertrat er unerschütterlich, erfüllt von der Idee des demokratischen Sozialismus und der internationalen Solidarität, die Auffassung, dass der Hitlerismus nicht Deutschland sei. Ihm dafür zu danken, ist uns nicht nur eine ehrenvolle Pflicht, sondern zugleich auch ein Bekenntnis für das Verhalten eines Menschen, dem der Glaube an die Menschlichkeit und an die Demokratie nie ein leeres Wort gewesen ist, sondern ein recht konkretes Anliegen.

Aber nicht nur wir in Deutschland, auch viele Menschen in den Ländern ausserhalb Europas fühlen sich besonders in diesen Tagen mit Julius Braunthal verbunden. Denn seinem Einsatz ist es zu danken, dass die Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der europäischen Arbeiterbewegung auch auf die Kontinente in Übersee ausgedehnt werden konnten. Wenn man heute davon spricht, dass die Idee des demokratischen Sozialismus im echten Sinne weltweit ist, so kann er den Anspruch erheben, seinen Teil dazu beigetragen zu haben, dass aus der Idee eine praktische Verwirklichung wurde. Jedoch muss man auch in diesen Tagen nicht nur des Politikers Julius Braunthal gedenken, sondern zugleich auch sein reiches literarisches und publizistisches Schaffen ehren.

Wir freuen uns, dass Julius Braunthal trotz seiner 70 Jahre - ein Alter, in dem viele der Gleichaltrigen sich zur Ruhe setzen - jung und lebendig wie immer geblieben ist. Wir wünschen ihm noch viele Jahre lebendigen und reichen Schaffens.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel